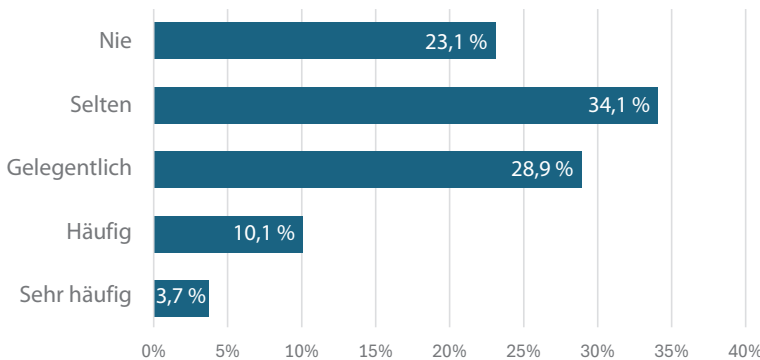


Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? Situation der EU-Staatsangehörigen in Deutschland

Durch das Freizügigkeitsrecht und weitere rechtliche Regelungen genießen EU-Bürger*innen in Deutschland Vorteile im Vergleich zu Zugewanderten aus Drittstaaten. Dennoch sind insbesondere Beschäftigte im Niedriglohn- und Helferbereich von prekären und teils illegalen Beschäftigungsverhältnissen bedroht. Dies zeigt eine Studie des IAW gemeinsam mit dem Forschungsinstitut betriebliche Bildung f-bb und dem SOKO Institut.

Prekäre Arbeitsbedingungen treten insbesondere dann auf, wenn die Vermittlung in Arbeit informell über Mittelsleute oder Subunternehmen erfolgt und dadurch Abhängigkeiten geschaffen werden. EU-Bürger*innen suchen Arbeitsplätze überwiegend eigenständig über soziale Medien oder private Kontakte. Offizielle Unterstützungsangebote – insbesondere der Bundesagentur für Arbeit – werden dagegen selten genutzt. Der Zugang zu

Fühlen Sie sich in der Gesellschaft häufiger ausgeschlossen oder benachteiligt?



Quelle: Social-Media-Befragung, n = 909

Fortsetzung S. 2

Aus dem Inhalt:

Editorial	1	Wie Leistungsbeziehende die Grundsicherung wahrnehmen	4
Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? Situation der EU-Staatsangehörigen in Deutschland	1	Veranstaltungsankündigung: Bundesbank-IAW-Lecture mit Prof. Ulrike Malmendier	4
Forschungsberichte aus dem IAW:		IAW-Jahresversammlung: Was ist Europas Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen?	5
Der digitale europäischer Sozialversicherungsausweis: eine Möglichkeit zur vereinfachten Kontrolle von grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit?	2	IAW-Vorträge	6
Welche Faktoren treiben die Entscheidung, trotz Krankheit zu arbeiten?	3	Gedenken an Prof. Dr. Norbert Kloten	6
		Personalien	6
		Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter www.iaw.edu .	

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Forschungsfeld Geoökonomie ist kein neuer Ansatz in der internationalen Politik, aber in den letzten Jahren zunehmend ins Zentrum des Interesses gerückt. Auf der IAW-Vortragsveranstaltung im März (siehe Bericht auf Seite 5) referierte der renommierte Experte, Prof. Dr. Christoph Trebesch vom Kiel Institut für Weltwirtschaft, zu der Frage, was „Europas Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen?“ ist. Und auch bei einer kurz danach stattfindenden [Konferenz an der Universität Tübingen](#) wurden viele wirtschaftshistorische Fallstudien vorgestellt, in denen geoökonomische Interessen eine Rolle spielten und das Handeln leitete, etwa die Handelsbeziehungen der Kolonialmächte vor dem ersten Weltkrieg. Sichtbar werden in den historischen Beispielen auch die Kosten von Geopolitik. Dabei geht es nicht nur um direkte staatliche Ausgaben, sondern auch um wirtschaftliche Verzerrungen. So zeigte eine Studie, dass Exportsubventionen als handelspolitische Maßnahmen zwar das wünschenswerte Ziel erreichen, dass Unternehmen schneller neuer Technologien übernehmen und deshalb ihre Produktion ausweiten. Dasselbe Ziel hätte man aber mit direkten Förderungen kostengünstiger erreichen können.

Es hapert an der Umsetzung der unstrittigen Ziele. Mehr ökonomische Vernunft und eine längerfristige Strategie wären sinnvoll – die geoökonomische Forschung versucht dort anzusetzen.

Eine interessante Lektüre wünscht

Bernhard Boockmann

Professor Dr. Bernhard Boockmann

Weiterbildung und der berufliche Aufstieg gelingen meist erst nach einer längeren Aufenthaltsdauer in Deutschland. Informationsdefizite, lange Arbeitszeiten oder eine fehlende Förderung durch die Arbeitgeber hemmen die Aufstiegsmöglichkeiten.

Weitere Benachteiligungen der EU-Staatsangehörigen gegenüber Deutschen bestehen aufgrund des teilweise eingeschränkten Zugangs zu Sozialleistungen im Fall von Arbeitsverlust oder Krankheit. Diese Hürden werden zusätzlich durch Sprachbarrieren und bürokratischen Aufwand verstärkt. Zwar kennen die meisten EU-Bürger*innen grundlegende sozial- und arbeitsrechtliche Regelungen, die Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Rechte sind ihnen jedoch deutlich weniger bekannt. Informationsdefizite und der begrenzte Zugang zu Beratung behindern eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen.

Die Studie zeigt außerdem, dass Diskriminierungserfahrungen in der Gruppe der EU-Bürger*innen weit verbreitet sind. Betroffen sind nicht nur Beschäftigte im Helferbereich, sondern auch in höherqualifizierten Tätigkeiten. Von den ca. 900 Befragten einer nicht repräsentativen Social Media-Befragung unter in Deutschland lebenden EU-Staatsangehörigen gaben 43 % an, sich gelegentlich, häufig oder sehr häufig in der Gesellschaft ausgeschlossen oder benachteiligt zu fühlen (siehe die Abbildung). Diskriminierungserfahrungen treten insbesondere im Arbeitsleben, bei Behörden, im Bildungsbereich und auf dem Wohnungsmarkt auf.

Die Studie macht deutlich, dass verbesserte Zugänge zu Sprachförderung, mehrsprachige Informations- und Beratungsangebote sowie fairere Bedingungen am Arbeits- und Wohnungsmarkt notwendig sind, um einen längeren Verbleib von EU-Bürger*innen in Deutschland zu ermöglichen und ihr Potenzial zur Deckung des

Fach- und Arbeitskräftebedarfs zu nutzen. Hierzu sollten EU-Bürger*innen im migrationspolitischen Diskurs, bei Gesetzgebungsverfahren und bei der Umsetzung von Integrationsangeboten als eigenständige Zielgruppe stärker berücksichtigt werden.

→ IAW / f-bb / SOKO: [Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? EU-Zugewanderte in Deutschland Studie zu den Gründen für Zu- und Abwanderung](#), Studie im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, März 2026

Ansprechperson:
Dr. Tobias Scheu
Tel. 07071 9896-13
tobias.scheu@iaw.edu

Der digitale europäischer Sozialversicherungsausweis: eine Möglichkeit zur vereinfachten Kontrolle von grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit?

Grenzüberschreitende Erwerbstätigkeit innerhalb der EU findet häufig in der Form der Arbeitnehmerentsendung statt. Dabei bleiben die Arbeitnehmer*innen durch das Sozialsystem im Sitzland ihres Arbeitgebers abgesichert, während arbeitsrechtliche Mindestanforderungen des Ziellandes gelten. Für die Behörden – in Deutschland insbesondere den Zoll – ist es jedoch eine Herausforderung, zu prüfen, ob etwa tatsächlich eine Entsendung vorliegt und ob es beispielsweise den ausländischen Arbeitgeber überhaupt gibt. Abhilfe könnte hier ein digitaler, europäischer Erwerbstätigenausweis schaffen, der als App oder in einer „digitalen Brieftasche“ mitgeführt wird. Dies könnte zugleich die Prüfungen für die Behörden und Unternehmen vereinfachen.

Das IAW hat im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersucht, welche Daten in einem europäischen Erwerbstätigenausweis verfügbar gemacht werden sollten und wo diese Daten in Datenbeständen der öffentlichen Verwaltung oder der Sozialversicherungsträger vorgehalten werden. Dabei wurden Datenbestände aus Deutschland, Frankreich und Polen einbezogen. Es zeigt sich, dass zwar zentrale Register bestehen, diese aber nicht alle für wirksame Kontrollen erforderlichen Sachverhalte abdecken. Die arbeits- und sozialrechtlichen Systeme der Mitgliedstaaten unterscheiden sich stark, die EU-Kompetenzen sind begrenzt und Datenschutz sowie Datensicherheit stellen hohe Anforderungen an jede Form zentraler oder grenzüberschreitender Datennutzung.

Als Schlussfolgerung empfiehlt die Studie, den digitalen Erwerbstätigenausweis als langfristige Option weiterzuentwickeln, ihn aber nicht als alleinige oder kurzfristig realistische Lösung zu betrachten. Kurz- und mittelfristig erscheinen vor allem der Ausbau bestehender Datenaustauschsysteme, die Harmonisierung und Standardisierung von Entsendemeldungen sowie eine bessere Vernetzung der Register aussichtsreich.

→ IHS / IAW: [Einführung eines digitalen europäischen Erwerbstätigenausweises](#), BMAS-Forschungsbericht 678, Februar 2026

Ansprechperson:
Dr. Alice Dillbahner
Telefon 07071 9896-50
alice.dillbahner@iaw.edu

Welche Faktoren treiben die Entscheidung, trotz Krankheit zu arbeiten?

Wenn Erwerbstätige erkranken, stehen sie vor der Entscheidung, sich krankschreiben zu lassen oder trotz Krankheit zu arbeiten – Letzteres wird meist mit dem Begriff Präsentismus bezeichnet. Bisher ist wenig darüber bekannt, wie die Schwere der Erkrankung in Verbindung mit situativen Faktoren diese Entscheidung beeinflusst oder welche Auswirkungen die Möglichkeit hat, von zu Hause aus zu arbeiten.

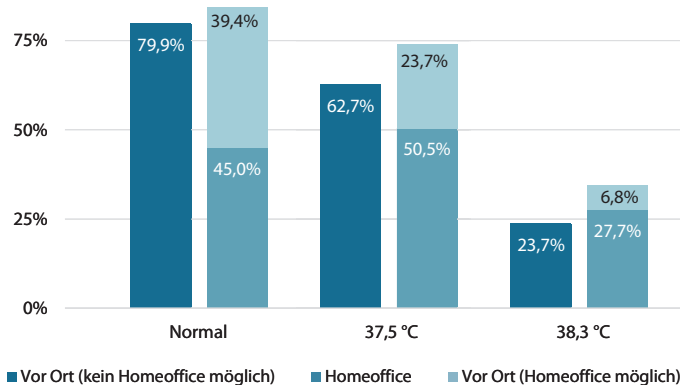
Um dieser Frage nachzugehen, hat das IAW gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) eine Vignettenstudie durchgeführt, die als Folgeerhebung zur BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung konzipiert wurde. Den Befragten wurden jeweils zehn hypothetische Szenarien vorgelegt, in denen akute Erkrankungen beschrieben wurden. Die Szenarien variierten zum einen in Symptomschwere und Infektiosität, zum anderen in der Arbeitsbelastung, dem Teamklima, dem Erwartungsdruck, am Arbeitsplatz präsent zu sein, und dem Wetter. Ziel war es jeweils, den Effekt auf die Wahrscheinlichkeit zu ermitteln, dass Beschäftigte trotz Krankheit zur Arbeit gehen, von zu Hause arbeiten oder sich krankschreiben lassen.

Beispiel für ein Szenario in einer Vignette:

*Sie wachen an einem Montag auf. Draußen ist es hell und die Sonne scheint in Ihr Schlafzimmer. Beim Aufstehen stellen Sie fest, dass Sie sich nicht wohlfühlen. Sie fühlen sich matt und abgeschlagen. Ihre Körpertemperatur ist normal. In den letzten Tagen hatten Sie Kontakt zu einer Person mit ähnlichen Symptomen. Ihr*r Vorgesetzte*r hat kürzlich darauf hingewiesen, dass ein krankheitsbedingter Ausfall vollkommen in Ordnung ist. Sie arbeiten gerade mit Personen zusammen, mit denen Sie gerne arbeiten. Ihre persönliche Arbeitsbelastung ist gerade höher als gewöhnlich. Sie gehen davon aus, dass Ihre Kolleg*innen erheblich mehr Arbeitsaufwand haben, wenn Sie nicht arbeiten.*

Es zeigt sich, dass die Schwere der Symptome, beschrieben durch die Körpertemperatur einerseits und typische Erkältungssymptome wie Kopfschmerzen andererseits, den größten Einfluss auf das Verhalten bei Krankheit haben. Insbesondere eine erhöhte Körpertemperatur von

Wie häufig wird trotz erhöhter Körpertemperatur gearbeitet?



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Faktoriellen Survey zum Präsentismusverhalten 2024.

37,5°C senkt die Wahrscheinlichkeit zu arbeiten bereits deutlich. Noch stärker ist der Effekt bei einer hohen Temperatur von 38,3°C. Die Abbildung stellt die Wahrscheinlichkeit dar, trotz Krankheit zu arbeiten, getrennt danach, ob eine Arbeit aus dem Home Office (HO) möglich ist. Unter Personen, die nicht von zu Hause aus arbeiten können, liegt der Anteil derjenigen, die bei normaler Körpertemperatur arbeiten gehen, bei knapp 80%. Liegt die Körpertemperatur bei 37,5°C, entscheiden sich nur noch knapp 63% dafür, zu arbeiten. Selbst bei einer hohen Temperatur würden immer noch etwa 24% arbeiten gehen. Die Möglichkeit, im Home Office zu arbeiten, erhöht die Wahrscheinlichkeit, auch bei Krankheit zu arbeiten – dann allerdings eher von zu Hause aus als vor Ort am Arbeitsplatz. Bei einer normalen Körpertemperatur würden 45% zu Hause arbeiten und 39% arbeiten gehen. Bei einer erhöhten Temperatur von 37,5°C entscheiden sich knapp 51% für das Arbeiten von zu Hause aus, knapp 24% für das Arbeiten vor Ort. Auch bei einer hohen Temperatur entscheiden sich noch fast 35% dafür zu arbeiten, dann allerdings nur noch etwa 7% am Arbeitsplatz.

Der Effekt der Symptomschwere hängt dabei von der Arbeitssituation ab. Infektiosität und Kontextfaktoren wie der Erwartungsdruck, am Arbeitsplatz präsent zu sein, oder die Arbeitsbelastung im Arbeitsteam spielen hauptsächlich bei milden

Erkrankungen eine Rolle. Je schwerer die Erkrankung, desto weniger stark hat die Arbeitssituation einen Einfluss darauf, ob sich die Personen entscheiden, (zu Hause) zu arbeiten oder sich krankschreiben zu lassen.

Zuletzt untersuchte die Studie die Motive für Präsentismus. Treffen Beschäftigte trotz einer schweren Erkrankung die Entscheidung zu arbeiten, hängt dies meist mit persönlichen Motiven hinsichtlich ihrer Karriere oder ihrer beruflichen Reputation zusammen. Die Entscheidung, trotz Krankheit zu arbeiten, scheint somit einer hierarchischen Logik zu folgen: Situative Bedingungen sind bei milden oder uneindeutigen Erkrankungen handlungsleitend. Persönliche Einstellungen kommen hingegen eher bei schweren Erkrankungen zum Tragen. Können Beschäftigte von zu Hause aus arbeiten, ermöglicht dies eine graduellere Entscheidung und kann dazu führen, dass Arbeiten trotz Krankheit zum Normalfall wird.

→ Natalie Herdegen, Andreas Koch, Martin Kroczek, Philipp Kugler, Jochen Späth, et. al: A Factorial Survey on Sickness Presenteeism. In: [Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik](#). September 2025.

Ansprechperson:
Dr. Martin Kroczek
Telefon: 07071 9698-35
martin.kroczek@iaw.edu

Wie Leistungsbeziehende die Grundsicherung wahrnehmen

Die meisten der Arbeitslosen, die Leistungen der Grundsicherung erhalten, sind mit den Jobcentern und ihren Fachkräften grundsätzlich zufrieden. Dies zeigt eine Studie des IAW und des SOKO Instituts im Auftrag der Bertelsmann Stiftung auf Basis einer Befragung mit ca. 1.000 Leistungsbeziehenden im Alter von 25 bis 50 Jahren, die seit mindestens einem Jahr Bürgergeld bzw. Grundsicherung beziehen. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass zwei von fünf Befragten die Unterstützung durch die Jobcenter als nicht ausreichend beurteilen. Darüber hinaus stimmt fast die Hälfte der Aussage zu, dass Termine im Jobcenter – zumindest der Tendenz nach – „nichts bringen“.

In Tiefeninterviews mit 20 Leistungsbeziehenden geht die Studie den Ursachen und Folgen dieser Einstellungen nach. Es

zeigt sich, dass die Zufriedenheit mit den Leistungen des Jobcenter durch die Erfahrungen im Beratungs- und Vermittlungsprozess des Jobcenters geprägt wird – beispielsweise durch die Mitgestaltung des Beratungsprozesses oder die Gewährung passender Qualifizierungen oder negativ durch die Erfahrung von Leistungskürzungen. Zugleich ist die Zufriedenheit ein zentraler Wirkhebel für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass die Jobcenter am positivsten bewertet werden, wenn sie bei der Vermittlung unterstützen oder Weiterbildungsmaßnahmen anbieten. Viele Interviewpersonen äußerten diesbezüglich den Wunsch, von den Jobcentern individueller beraten und passgenauer unterstützt zu werden. Hierzu bedarf es veränderter

Rahmenbedingungen, die nicht nur eine individuell zugeschnittene Beratung ermöglichen, sondern auch eine förderliche Beziehungs- und Vertrauensarbeit. Um Ressourcen hierfür freizusetzen, sollte die Wirtschaftlichkeit der Jobcenter erhöht werden, beispielsweise durch Pauschalierungen und den stärkeren Einsatz digitaler Verwaltungsverfahren bei der Leistungsgewährung.

→ IAW/SOKO: [Unterstützung durch Jobcenter – Wie Leistungsbeziehende die Grundsicherung wahrnehmen](#), Studie im Auftrag der BertelsmannStiftung, März 2026

Ansprechperson:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann
Telefon: 07071 9896-20
bernhard.boockmann@iaw.edu

VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNG

Bundesbank-IAW Lecture at the University of Tübingen



**Prof. Dr. mult. Dr. h.c. Ulrike Malmendier,
University of California, Berkeley**

Human Finance – Incorporating Insights from the Life Sciences into Finance, with an Application to German Capital Markets and Pension Reform

**Donnerstag, 7. Mai 2026, um 16 Uhr c.t.
Neue Aula der Universität Tübingen, Audimax**

Ulrike Malmendier ist Cora-Jane-Flood-Professorin für Finanzwissenschaft an der Haas School of Business der UC Berkeley und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der University of California, Berkeley. Ulrike Malmendiers Forschung liegt an der Schnittstelle von Wirtschaftswissenschaften und Finanzwissenschaften und umfasst Verhaltensökonomie und Verhaltensfinanzwissenschaft, Unternehmensfinanzierung, Haushaltsfinanzierung und Makrofinanz sowie die Organisationsökonomie und Vertragstheorie. Ihre einflussreichen Arbeiten zu Inflationserfahrungen, kognitiven Verzerrungen, Erwartungen und finanziellen Entscheidungsprozessen wurden vielfach zitiert und prägen bis heute sowohl die akademische Forschung als auch die Wirtschaftspolitik.

Die öffentliche Veranstaltung kann ohne Anmeldung besucht werden. Alle Interessierte sind herzlich eingeladen.

Jahresversammlung des IAW 2026: Was ist Europas Antwort auf die geopolitischen Herausforderungen?

Wie soll sich Europa positionieren, um den immer drängenderen Herausforderungen weltwirtschaftlicher Verwerfungen, geopolitischer Spannungen und möglicher Krisen des internationalen Finanzsystems zu begegnen? Mit dieser Frage setzte sich Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizepräsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft und weltweit renommierter Experte auf dem Gebiet der Geoökonomie, bei der diesjährigen Vortragsveranstaltung des IAW und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg am 26. März 2026 auseinander. Die sich zeitgleich verschärfenden militärischen Auseinandersetzungen am Persischen Golf verliehen dem Thema der Vortragsveranstaltung, die traditionell mit der Jahresversammlung des IAW zusammenfällt, eine bedrückende Aktualität.

Professor Trebesch verstand es in ausgezeichneter Weise, die jüngsten Entwicklungen in eine historische Perspektive einzuordnen und mit seinen eigenen Forschungen zu verknüpfen. In seinem packenden Vortrag deutete er den schleichenden Verlust der hegemonialen Dominanz der Vereinigten Staaten als Beginn neuer Großmachtrivalitäten, die sämtliche Koordinaten der Weltwirtschaft und des internationalen Sicherheitssystems verschieben. Europa müsse zu einem strategischen Akteur werden: unabhängiger in Bezug auf Energieversorgung und Technologie sowie wehrhafter nach außen und innen. Der Staat als starker Akteur der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik sei zurück, was eine drastische Neugewichtung der Staatsausgaben erfordere („Guns



Prof. Dr. Christoph Trebesch Foto: Deutsche Bundesbank

vs. Butter“). Konflikt und Kooperation würden dauerhaft koexistieren. Es lohne sich strategisch, für Freihandel zu kämpfen. Dies solle jedoch pragmatisch und durchaus unter Nutzung des „Giftschanks der Geoökonomie“ geschehen („Trading with the Enemy“). Trebesch wies darauf hin, dass die gegenwärtige Situation historisch betrachtet nicht ungewöhnlich sei. Lediglich der Wegfall der „Friedensdividende“ der Nachkriegszeit erschwere es, sich auf die neue Lage einzustellen.

Die anschließende Podiumsdiskussion mit Dr.-Ing. Sven Gailus, Managing Director Strategy bei der Hapag-Lloyd AG Hamburg, Johannes Jung, Leiter der Abteilung Strategie, Wirtschaftsrecht, Außenwirtschaft und Europa im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, sowie Prof. Dr. Thomas Diez vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen griff die Impulse des Vortrags dankbar auf. Moderiert wurde die Diskussion von Johannes Pennekamp von der F.A.Z., der es hervorragend verstand, die unterschiedlichen Perspektiven in einer kompetenten Diskussion zusammenzuführen. Er ließ es sich auch nicht

nehmen, die Panelisten nach ihrer Einschätzung der weltwirtschaftlichen Folgen einer Sperrung des Persischen Golfs zu befragen, die zeitgleich große mediale Aufmerksamkeit erfuhr.

Bei der Veranstaltung wurde zudem der Norbert-Kloten-Preis 2026 für die besten Abschlussarbeiten im Bereich der angewandten Wirtschaftsforschung an den Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen verliehen. Die Preise gingen in diesem Jahr an Judith Lehner von der Universität Tübingen und Ricardo Acevedo Arias von der Universität Hohenheim. Judith Lehnerts Arbeit untersuchte mit modernen makroökonomischen Methoden die Wirkungen der deutschen Schuldenbremse. Ricardo Acevedo Arias präsentierte in seiner Arbeit ein aufwendiges mathematisches Handelsmodell zur Untersuchung des EU-MERCOSUR-Abkommens. Neben ihrem hohen wissenschaftlichen Niveau befassten sich beide Arbeiten erneut mit hochaktuellen Themen der Wirtschaftspolitik. Die Laudatio auf die Preisträger hielt Prof. Dr. Wilhelm Rall, Vorstandsvorsitzender des IAW.



V.l.n.r.: Ricardo Acevedo Arias, Judith Lehner, Dr. Patricia Staab (Präsidentin der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg), Prof. Dr. Wilhelm Rall Foto: Deutsche Bundesbank

IAW und Bundesbank vergaben den Norbert-Kloten-Preis nun bereits zum 19. Mal. IAW-Direktor Prof. Dr. Martin Biewen würdigte in seiner Ansprache die Zusammenarbeit mit der Hauptverwaltung der Bundesbank in Stuttgart und dankte ihrer scheidenden Präsidentin, Frau Dr. Patricia Staab, die nach fünfeinhalb Jahren zurück in die Bundesbank-Zentrale wechselt, für ihr Engagement und ihre Unterstützung des IAW und seiner Forschungsarbeit.



V.l.n.r.: Prof. Dr. Thomas Diez (Universität Tübingen), Dr.-Ing. Sven Gailus (Hapag-Lloyd AG), Johannes Pennekamp (F.A.Z.), Prof. Dr. Christoph Trebesch, Kiel Institut für Weltwirtschaft, Johannes Jung (Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg) Foto: Deutsche Bundesbank

IAW-VORTRÄGE

12. Februar 2026

Natalie Herdegen: Attitudes towards social policy: What can we know from survey and the literature? – A Data Review. DIFIS International Scientific Workshop „Public Opinion and Social Policies – Legitimacy and Acceptance of the Welfare State and Specific Life Course Policies“, Bremen.

19. Februar 2026

Matthias Fauth: Complementarities Between Import and Export Activities: Firm-Level Evidence for Goods and Services (zus. mit Benjamin Jung und Wilhelm Kohler), 18. FIW-Forschungskonferenz „International Economics“ in Wien.

3. März 2026

Bernhard Boockmann: Rechtlich gleichgestellt – praktisch benachteiligt? EU-Zuge-

wanderte in Deutschland. Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin.

17. März 2026

Natalie Herdegen: Warum der Osten beim Vermögen hinterherhinkt. Gleichnamige Sendung der Wirtschaftsvereinigung Altenburger Land Metropolregion Mitteldeutschland (WAMM).

GEDENKEN

Gedenken an Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Norbert Klotten zum 100. Geburtstag



Prof. Dr. Norbert Klotten

Zu seinem 100. Geburtstag erinnert der Vorstand des IAW e.V. an seinen langjährigen Vorstandsvorsitzenden (1979–2003 und Ehrenvorsitzenden (2003–2006) Prof.

Dr. Norbert Klotten. Seit 1976 Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg übernahm er den Vorstandsvorsitz in der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW

e.V.), dem Trägerverein des Instituts, als Nachfolger von Prof. Dr. Otto Pfeleiderer (früher ebenfalls LZB-Präsident). Trotz vielfältiger anderer Verpflichtungen war er in diesen Jahren ein äußerst aktiver Berater, Förderer und Gestalter des Instituts. Mit der Verschmelzung der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung und des IAW, einer neuen Satzung und einer neuen Gremienstruktur im Jahre 2003 gestaltete er die Plattform für die zukünftige Entwicklung des Instituts. Im gleichen Jahr hatte er die Rolle des Vorsitzenden an die nächste Generation übergeben, blieb dem Vorstand aber nicht nur

als Mitglied treu, das Kontinuität und Rat verkörpert, sondern als jemand, der bis zu seinem Tod im Jahr 2006 in die Details involviert blieb.

Seit 2008 erinnert zudem der gemeinsam vom Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. und der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg ihm zu Ehren gestiftete Norbert-Klotten-Preis für Angewandte Wirtschaftsforschung an ihn, der bei der IAW-Jahresversammlung in einer Preisverleihung feierlich übergeben (siehe Bericht auf Seite 5).

PERSONALIA



Dr. Luise Heusel und Dr. Alice Dillbäher

Ende Januar 2026 schlossen **Luise Heusel** und **Alice Dillbäher** erfolgreich ihre Promotionen an der Universität Tübingen bzw. der Universität Kassel ab. Das IAW gratuliert ihnen herzlich zu diesem wichtigen Meilenstein.

und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.



Jonah Gasparro

Jonah Gasparro, M.Sc. ist seit dem 1. April 2026 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAW tätig. Seine Studien- und Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Statistik und

des maschinellen Lernens.

Ende März 2026 beendete **Simone Armbruster** ihre Tätigkeit am IAW. Seit Juli 2021 arbeitete sie in der Verwaltung und am Empfang des IAW. Wir danken ihr herzlich für ihren herausragenden Einsatz an diesem Dreh- und Angelpunkt des IAW



Simone Armbruster

Am 16. April 2026 hat **Kathrin Schwaderer-Herr** ihre Tätigkeit in der Verwaltung und am Empfang des IAW aufgenommen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.



Kathrin Schwaderer-Herr

Eileen Liebler absolviert ein sechsmo- natiges Pflichtpraktikum, Oskar Langert, Jan Amrhein und Joshua Brunner ein freiwilliges Praktikum. Michael Jauß ist erneut als Hilfskraft tätig. Sarah-Lisa Walz hat ihre Tätigkeit beendet.

Fotos: IAW/privat.

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen
Schaffhausenstraße 73, 72072 Tübingen
Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99
iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.